

Radikalenerlass: BW-Ministerpräsident  
trifft Betroffene

Ministerpräsident Kretschmann wird am  
Mittwoch Betroffene des  
Radikalenerlasses in seinem Amtssitz  
empfangen. Mit dem Erlass wurden vor 50  
Jahren Menschen aus dem öffentlichen  
Dienst ausgeschlossen.

Am Nachmittag trifft Ministerpräsident  
Winfried Kretschmann (Grüne) Betroffene  
des Radikalenerlasses. Der Erlass aus  
dem Jahr 1972 betraf die Einstellung  
und Tätigkeit von links- oder  
rechtsradikalen Personen im  
öffentlichen Dienst. In  
Baden-Württemberg wurde er auch  
"Schliess-Erlass" genannt - nach dem  
damaligen CDU-Innenminister Karl

Übersicht 112 >

- + Kurzmeldung

<< 01 02 03 04 05 06 >>  
P125 125 SWRtext MI, 08.02.23 16:26:07

SWR >>

SWR AKTUELL BW

2/6

Betroffene zu Radikalenerlass

Schiess. Der Erlass hatte zum Beispiel Postboten, aber auch angehende Lehrerinnen und Lehrer aus dem Staatsdienst ausgeschlossen.

Initiative: Betroffene leiden unter Altersarmut  
In Baden-Württemberg wurden insgesamt 695.000 Menschen überprüft - dabei gab es 1.900 Mal sogenannte Erkenntnisfälle, also Hinweise auf Radikalisierungen. 222 Menschen wurden daraufhin nicht in den öffentlichen Dienst aufgenommen. Sie konnten keine Lehrerinnen, Richter oder auch Postbotinnen werden. 66 Menschen wurden damals entlassen. Eine Studie im

Übersicht 112 >

-

+

Kurzmeldung

<< 01 02 03 04 05 06 >>  
P125 125 SWRtext MI, 08.02.23 16:26:28

SWR >>

SWR AKTUELL BW

3/6

## Betroffene zu Radikalenerlass

Auftrag der Landesregierung kommt zu dem Schluss, dass der Radikalenerlass eine ganze Generation unter Generalverdacht gestellt hat. Die Betroffenen mussten damals nach ihrer Ausbildung unter anderem in Fabriken arbeiten. Viele litten heute unter Altersarmut und mussten von weniger als 700 Euro leben, so die Betroffeneninitiative. Sie fordern eine Entschuldigung und damit verbunden auch eine Entschädigung. Im vergangenen Frühjahr war die Studie im Auftrag der Landesregierung veröffentlicht worden.

Kretschmann entschuldigt sich explizit nicht

Eine Rehabilitierung sei allerdings nicht vorgesehen, so die Landesregierung. Ministerpräsident Kretschmann hatte zwar mit einem Brief Ende Januar Fehler des Staats im Zusammenhang mit dem Radikalenerlass eingeräumt. Das explizite Wort "Entschuldigung" fehlte aber.

Hintergrund ist, dass eine formelle und ausdrückliche Entschuldigung rechtliche Konsequenzen haben würde und im konkreten Fall auch Geld kosten würde: Entschädigungszahlungen.

Mit dem "Nein" des Staatsministeriums will die Landesregierung aber auch noch etwas anderes verhindern: Eine Entschuldigung und damit ein Anspruch

Übersicht 112 >

+ Kurzmeldung

<< 01 02 03 04 05 06 >>  
P125 125 SWRtext MI, 08.02.23 16:27:49

SWR >>

SWR AKTUELL BW

6/6

Betroffene zu Radikalenerlass

Liberalen, Nico Weinmann.  
Anders sieht es die SPD. Sie  
positioniert sich immer wieder als  
Anwältin der Betroffenen. So heißt es  
aus der Landtagsfraktion: Eine  
Anerkennung des Leids brauche auch eine  
Entschuldigung und eine Entschädigung  
durch den Staat als Verursacher.  
Der rechtspolitische Sprecher der SPD,  
Boris Wehrauch, hatte mit seiner  
Fraktion dazu im Dezember bereits einen  
Antrag auf einen Entschädigungsfonds in  
die Haushaltsberatungen eingebracht.  
Grüne und CDU hatten den Antrag  
abgelehnt.

Stand 08.02.2023 12:47

Übersicht 112 >

- + Kurzmeldung

## Radikalenerlass: BW-Ministerpräsident trifft Betroffene

Mehr als 50 Jahre nach dem Beschluss des Radikalenerlasses hat Ministerpräsident Kretschmann am Mittwoch Betroffene des Radikalenerlasses in seinem Amtssitz empfangen. Mit dem Erlass wurden Menschen aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen.

Am Mittwochnachmittag hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) Betroffene des Radikalenerlasses getroffen. Der Erlass aus dem Jahr 1972 betraf die Einstellung und Tätigkeit von links- oder rechtsradikalen Personen im öffentlichen Dienst. In

Übersicht 112 >

Kurzmeldung

<< 01 02 03 04 05 06 07 >>  
P1 125 SWRtext DO, 09.02.23 11:37:42

SWR >>

SWR AKTUELL BW

2/7

Betroffene zu Radikalenerlass

Baden-Württemberg wurde er auch "Schliess-Erlass" genannt - nach dem damaligen CDU-Innenminister Karl Schiess. Der Erlass hatte zum Beispiel Postboten, aber auch angehende Lehrerinnen und Lehrer aus dem Staatsdienst ausgeschlossen.

Kretschmann kann nicht pauschal entschädigen

Nach dem Gespräch im Staatsministerium sagte Kretschmann, diesen Menschen sei Ungerechtigkeit widerfahren. Bereits im Januar hatte er in einem Brief an die zu Unrecht Betroffenen sein Bedauern geäußert. Trotzdem sind auch nach dem Gespräch keine Rehabilitierung oder

Übersicht 112 >

- + Kurzmeldung

## Betroffene zu Radikalenerlass

Entschädigung geplant. Hintergrund ist, dass eine formelle und ausdrückliche Entschuldigung rechtliche Konsequenzen haben würde und im konkreten Fall auch Geld kosten würde:

Entschädigungszahlungen. Für ihn und seine Mitstreiter sei das eine große Enttäuschung, sagte Andreas Salomon von der Initiative der Betroffenen.

Kretschmann sei nicht bereit gewesen, auf die drei Forderungen nach einer Entschuldigung, einer Rehabilitierung oder nach der Einrichtung eines Fonds einzugehen.

Er könne nicht pauschal entschädigen, da müsse jeder Einzelfall geprüft werden, so Kretschmann. Dafür gebe es

Übersicht 112 >

+ Kurzmeldung

<< 01 02 03 04 05 06 07 >>  
P1 125 SWRtext 00,09.02.23 11:38:05

SWR >>

SWR AKTUELL BW

4/7

## Betroffene zu Radikalenerlass

im Rechtsstaat Gerichte, da müsse man sich sein Recht erstreiten. Das sei ein Dilemma, denn im Rechtsstaat werde nur Recht gesprochen und nicht Gerechtigkeit. Deshalb könne er die Enttäuschung der Betroffenen verstehen. Laut Staatsministerium fehlen in vielen Fällen auch die Beweismittel, nicht alle Akten seien noch da. Ob sie für ihr Recht vor Gericht ziehen, ließen die Betroffenen noch offen, aber aufgeben wollen sie auch nicht so einfach.

Initiative: Betroffene leiden unter Altersarmut

In Baden-Württemberg wurden insgesamt

Übersicht 112 >

Kurzmeldung

SWR >>

SWR AKTUELL BW

5/7

## Betroffene zu Radikalenerlass

695.000 Menschen überprüft - dabei gab es 1.900 Mal sogenannte Erkenntnisfälle, also Hinweise auf Radikalisierungen. 222 Menschen wurden daraufhin nicht in den öffentlichen Dienst aufgenommen. Sie konnten keine Lehrerinnen, Richter oder auch Postbotinnen werden. 66 Menschen wurden damals entlassen. Eine Studie im Auftrag der Landesregierung kommt zu dem Schluss, dass der Radikalenerlass eine ganze Generation unter Generalverdacht gestellt hat. Die Betroffenen mussten damals nach ihrer Ausbildung unter anderem in Fabriken arbeiten. Viele litten heute unter Altersarmut und mussten von

Übersicht 112 >

Kurzmeldung

<< 01 02 03 04 05 06 07 >>  
P1 125 SWRtext DO, 09.02.23 11:38:24

SWR >>

SWR AKTUELL BW

6/7

## Betroffene zu Radikalenerlass

weniger als 700 Euro leben, so die Betroffeneninitiative. Sie fordern eine Entschuldigung und damit verbunden auch eine Entschädigung. Im vergangenen Frühjahr war die Studie im Auftrag der Landesregierung veröffentlicht worden.

Opposition ist geteilter Meinung  
Ein Teil der Opposition argumentiert in eine ähnliche Richtung wie die Landesregierung: FDP und AfD. Auch weil es schwierig sei, jeden Einzelfall differenziert zu betrachten und dafür einen pauschalen Rahmen zu ziehen, argumentiert zum Beispiel der rechtspolitische Sprecher der Liberalen, Nico Weinmann.

Übersicht 112 >

-

+

Kurzmeldung

<< 01 02 03 04 05 06 07 >>  
P1 125 SWRtext DO,09.02.23 11:38:33

SWR >>

SWR AKTUELL BW

7/7

## Betroffene zu Radikalenerlass

Anders sieht es die SPD. Sie positioniert sich immer wieder als Anwältin der Betroffenen. So heißt es aus der Landtagsfraktion: Eine Anerkennung des Leids brauche auch eine Entschuldigung und eine Entschädigung durch den Staat als Verursacher. Der rechtspolitische Sprecher der SPD, Boris Wehrauch, hatte mit seiner Fraktion dazu im Dezember bereits einen Antrag auf einen Entschädigungsfonds in die Haushaltsberatungen eingebracht. Grüne und CDU hatten den Antrag abgelehnt.

Stand 08.02.2023 21:23

Übersicht 112 >

Kurzmeldung